

# Der Freisinn

# FDP

Nr. 5  
Mai 1990  
12. Jahrgang  
Erscheint monatlich

Redaktion:  
«Der Freisinn»  
Postfach 6136, 3001 Bern  
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:  
ofa Zeitschriften  
Sägereistrasse 30, 8152 Glattbrugg  
Telefon (01) 809 31 11

Herausgeber:  
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)  
Postfach 6136, 3001 Bern  
Telefon (031) 22 34 38

Wettbewerb als Fundament der sozialen Marktwirtschaft

## Leistungen des Liberalismus

In der Monatszeitschrift «Die Volkswirtschaft», herausgegeben vom Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement, sind unlängst das Konsumentenrecht und der Konsumentenschutz in der Schweiz in einer Reihe aufschlussreicher Beiträge veranschaulicht worden. Mit gutem Grund vorangestellt wurde aber ein Text über «Konsumentenschutz durch wirksamen Wettbewerb».

In der Tat kann man zwar durch gesetzliche und administrative Massnahmen etliches zur Wahrung der Verbraucherinteressen tun; das überzeugendste Mittel zu diesem Zweck bildet aber in einer marktwirtschaftlichen Ordnung der Wettbewerb. Er neutralisiert, wie der Autor des Textes, Dr. Bruno Schmidhauser, Direktor des Sekretariats der Schweizerischen Kartellkommission, hervorhebt, wirtschaftliche Machtpositionen; er gewährleistet Güter- und Leistungsangebote nach Massgabe der Verbraucherbedürfnisse, und er lässt flexible, insgesamt jedoch stabile und damit gerechte Preise entstehen. Weil er so natürlichen unternehmerischen Eigennutz mit dem Gesamtwohl verbindet, stellt er «die beste Form einer Preisüberwachung» dar.

### Liberales Ordnungselement

Damit ist der Wettbewerb schlechthin ein erstrangiges Fundament der sozialen Marktwirtschaft, die durch die eigentliche Sozialpolitik angereichert, konsolidiert und in ihrem humanen Charakter verdeut-

licht wird. Es ist ja einer der grössten ideologischen Irrtümer zu glauben, die Marktwirtschaft sei «unsozial», weil sie das Privateigentum, das unternehmerische Gewinnstreben (gepaart mit Risikobereitschaft) und die nach Treu und Glauben ausgerichtete Vertragsfreiheit zu ihren ausschlaggebenden Attributen zähle. Unter der Triebkraft des Wettbewerbs hat sie ausserdem positive ökologische Wirkungen, denn der Wettbewerb sorgt von selbst, will ihn der Unternehmer bestehen, für zurückhaltende Nutzung materieller Ressourcen.

Eine liberale Wirtschaftsverfassung kommt mithin einer optimalen Erfüllung der berechtigten Anforderungen der zeitgenössischen Gesellschaft gleich. Wenn sie wirtschaftliches Wachstum durch technische und betriebliche Innovation begünstigt, so ist dies um so weniger anzufechten, als der sich ständig fortentwickelnde Wandel von der Güter- zur Dienstleistungswirtschaft zunehmende Wohlfahrt unter Schonung materieller und energetischer Substanz zu gewährleisten vermag.

## Illusion des «dritten Wegs»

Wohl keine Gegenwartserscheinung illustriert die Überzeugung von der Überlegenheit der Marktwirtschaft gegenüber dem Kollektivismus deutlicher als der Reformwille, der die Staaten Mittel- und Osteuropas nach vier Jahrzehnten des «realen Sozialismus» beherrscht. Freilich sind bei dem sich anbahnenden Wandel schmerzliche Lernprozesse durchzustehen.

Das Beispiel Polens zeigt dies zurzeit besonders deutlich. Der unerlässliche Weg zur Produktivitätssteigerung kann vorerst Produktionseinbussen bewirken und jene bisher versteckte Arbeitslosigkeit offenlegen, die zu den typischen Erscheinungen der Planwirtschaft zählt. Innere Preisstabilisierung und aussenwirtschaftliches Gleichgewicht verlangen Opfer, bevor sie wachstumswirksam werden. Selbstverantwortliche Unternehmungen müssen erst wieder entstehen, um in funktionierenden Märkten dem Wettbewerb gewachsen zu sein.

Sie sind indessen eine Voraussetzung der Systemreform. Die «sozialistische Marktwirtschaft», wie sie da und dort erprobt worden ist, hat sich als untaugliche Formel erwiesen. Andere Varianten «dritter Wege» werden bisweilen in Form dezentralisierter Planung, regionalisierten Kollektiveigentums oder flexibler Preiskontrollen zur Diskussion gestellt. Sie werden jedoch nicht dadurch verheissungsvoller, dass sie die ökonomischen Vorzüge des Liberalismus mit den sozialen Meriten des Kollektivismus zu verbinden vorgeben. Der Liberalismus leistet in wirtschaftlicher und in sozialer Hinsicht am meisten.



Parteipräsident Franz Steinegger am FDP-Parteitag in Glarus: «Bundesversammlung und Volk können die Europapolitik nur mittragen, wenn sie mitgestalten, wenn sie nicht nur nachvollziehen, sondern auch Ziele setzen.» Photo ruti

FDP-Parteitag in Glarus: Auszüge aus den Reden von Parteipräsident Nationalrat Franz Steinegger

## «Frieden in Freiheit» – Ziele setzen in der Europapolitik

Sowohl zur Sicherheitspolitik als auch zum Thema Schweiz/Europa hielt FDP-Parteipräsident Nationalrat Franz Steinegger am diesjährigen Parteitag in Glarus Grundsätzliches fest. Wir bringen Auszüge aus seinen Reden.

### Zum Thema «Sicherheitspolitik»:

Warum befasst sich die FDP Ende April 1990 mit Sicherheitspolitik? Das Ziel der schweizerischen Sicherheitspolitik, nämlich die Erhaltung des Friedens in Freiheit und Unabhängigkeit, ist unangefochten. «Frieden in Freiheit» als Motto stellt uns die Aufgabe, für den Schutz der freiheitlichen Ordnung unseres Landes und für die Achtung der Menschenrechte durch die Bereitschaft zur Verteidigung einzutreten. Bei dieser Verteidigung sind wir bereit, militärische Mittel einzusetzen. Volk und Stände haben diesen Willen mit der klaren Verwerfung der Armeearbeitsinitiative bestätigt. Dass diese Abstimmung viele «Denkzetteln» gebracht hat, ist nicht zu übersehen. Die daraus ersichtlichen Führungsprobleme sind zu lösen.

Neben der Bereitschaft zur Verteidigung gehört zur Sicherheitspolitik aber auch die aktive Friedenspolitik. Militärische Sicherheit und eine Politik der Entspannung stellen keinen Widerspruch dar, sondern ergänzen sich. Erfolgreiche Sicherheitspolitik ist stets dann am erfolgreichsten, wenn auf Entspannung gerichtetes Handeln auf der Grundlage gesicherter Verteidigungsfähigkeit verwirklicht wird.

Die Sicherheit unseres Landes hängt aber nicht nur von unseren eigenen Zielen und Instrumenten ab. Massgebend sind auch die politischen Ziele, die Absichten und

die Angriffsmittel anderer Staaten. Verteidigungsbereitschaft ist nie Selbstzweck, sondern Instrument und Ausdruck von Politik, militärische Macht ist nur ein Faktor der Politik.

### Veränderungen

In dieser europäischen Politik hat sich einiges verändert. Die Änderungen haben bereits auch Auswirkungen auf den militärischen Bereich gezeitigt:

Die Ideologie des Marxismus-Leninismus im sowjetischen Einflussbereich hat Schiffbruch erlitten.

Der Warschaupakt ist kaum mehr handlungsfähig. Ein breiter terrestrischer Angriff auf Westeuropa oder der strategische Überfall sind unwahrscheinlich.

Sollte die Tradition der grossrussischen Expansionspolitik fortbestehen, dürfte die Wirtschaftskraft gegenüber der militärischen Macht an Bedeutung gewonnen haben.

Diese Situation veranlasst zu einer neuerlichen sicherheitspolitischen Beurteilung. Früher beschäftigten uns in der Sicherheitspolitik meist Finanzprobleme. Heute fehlen in der Militärpolitik – etwas salopp ausgedrückt – die Feinde.

### Neubeurteilung

Die FDP will sich mit dieser Situation auseinandersetzen. Wir fühlen uns für diese Neubeurteilung auch kompetent. Die jüngste Geschichte hat nicht denjenigen Recht gegeben, welche einseitig abrüsten

Fortsetzung auf Seite 4



### Offen, optimistisch und kämpferisch

Der Zukunft gegenüber offen, optimistisch und kämpferisch präsentierte sich die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) an ihrem Parteitag am 27./28. April 1990 in Glarus. Unterstrichen wurde der politische Schwung äusserlich mit einem neuen Erscheinungsbild. Im Zentrum des Parteitages standen die Themen «Europa 92» und «Sicherheitspolitik», zu denen FDP-Arbeitsgruppen umfangreiche Grundlagenarbeit geleistet haben. In der Frage nach der Rolle der Schweiz in einem neu gestalteten Europa kann die FDP eine Pionierrolle beanspruchen, hat sie doch dieses für die Schweiz zentrale Thema als erste Bundesratspartei aufgegriffen und zur Diskussion gestellt.

Photo ruti

Kampf der Kurden

# Bürgerkrieg im Südosten der Türkei?

Im Südosten der Türkei scheint sich ein Bürgerkrieg zu entwickeln. Seit sechs Jahren führen Kämpfer der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) einen Guerillakrieg gegen die Zentralmacht in Ankara. Die türkische Armee versucht, sich mit Sonderstosstrupps und Antiterrorereinheiten den Übergriffen entgegenzustellen.

«Alle zehn Jahre putscht bei uns das Militär», lautet ein geflügeltes Wort in der Türkei. Jetzt wäre wieder ein Putsch fällig gewesen. Und er hat möglicherweise stattgefunden, aber in aller Stille und ohne Aufhebens. Wegen der Kurden-Unruhen hat die Regierung von Präsident Turgut Özal ein Ausnahmerecht verfügt. Am vergangenen 28. März erörterte der Nationale Sicherheitsrat Pläne zur Bekämpfung der neuen Gewaltwelle, die die Kurden – nach dem Vorbild



Der türkische Präsident Turgut Özal hat sich den Kurden gegenüber zu einer Politik der militärischen Stärke entschieden.

des Aufstandes der Palästinenser im von Israel besetzten Gazastreifen und Westjordanland – «die kurdische Intifada» nennen.

### «Ausnahmerechte»

Dem Nationalen Sicherheitsrat gehören der Präsident, der Stabschef der Streitkräfte und sein Stellvertreter, die Befehlshaber des Heeres, der Luftwaffe, der Marine, des Geheimdienstes und der vier Armeebezirke sowie der Ministerpräsident mit den Ministern für Inneres, Äusseres und Verteidigung an. Die am 10. April verkündeten «Ausnahmerechte» sehen unter anderem vor, dass «Personen oder Gruppen von Personen» das Betreten der «fraglichen elf Provinzen» im Südosten der Türkei verboten werden kann. Die Behörden können Personen aus diesem Gebiet ausweisen oder ihnen einen «anderen Wohnort innerhalb der Region» zuweisen.

Es können ausserdem «zeitweilige oder dauernde Ausgangssperren» verhängt werden. Versammlungen oder Demonstrationen können «verlegt oder verboten» werden. Den Sicherheitskräften ist es gestattet, «Besitztümer oder Autos» zu durchsuchen. Streiks kann der Gouverneur der elf Provinzen für «einen Monat aufschieben». Er kann zudem «Vereinigungen und Organisationen» die Betätigung für drei Monate untersagen.

All diese Ausnahmerechte werden «administrativ vollzogen», das heisst, sie können nicht durch Gerichte überprüft werden.

Den «Ausnahmerechten» haben sich auch die Presse, die Medien zu unterwerfen, die Einschränkungen gelten im ganzen türkischen Staatsgebiet. Strafe droht jenen Journalisten und deren Verlagen, die «verzerrt oder verfälscht» über Zwischenfälle in einem Gebiet unter Ausnahmezustand berichten oder die Sicherheitsorgane «bei ihrer Arbeit behindern». Die Massnahmen wurden den Verlegern und Redaktionsleitern von Özal selbst und dem Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrats, General Yirmis Besoglu, «erläutert». Im Klartext heisst das, den Medien ist angeraten, sich selbst zu zensurieren.

### 3000 Jahre alter Wunsch

Mitte März kündigte eine Zunahme der Ausschreitungen in den Südostprovinzen eine «neue Phase» an im Kampf der Kurden für Unabhängigkeit. Die grösste Demonstration ereignete sich am 23. März in Cizre, in der Provinz Mardin. Tausende von Kurden zogen durch die Strassen und riefen «Nieder mit der Türkei!» und «Lang lebe das freie Kurdistan!».

Der Wunsch der Kurden nach Unabhängigkeit ist über 3000 Jahre alt. Und so weit reicht auch ihre Geschichte zurück. Die Kurden sind ein Volk von schätzungsweise 23 Millionen Menschen, mit eigener Kultur und eigener Sprache. Aber die Kurden sind eine Nation ohne eigenen Staat. Sie haben das unselige Schicksal, in einem Gebiet zu leben, in dem sich ebenfalls seit Jahrtausenden die Interessen der Regionalmächte überschneiden.

Kurdische Minderheiten gibt es im Irak, in Iran, in der Türkei, in der Sowjetunion und in Syrien. Seit Jahrhunderten bekämpfen sich die Kurden auch untereinander. Darin liegt einer der Hauptgründe dafür, warum sie sich nie zusammenschliessen und als Einheitsfront für ein unabhängiges Kurdistan eintreten konnten. Heute behaupten kurdische Anführer, die Kurden seien seit über zwei Jahrzehnten nicht mehr so geeint gewesen wie derzeit. Das äussert sich in steigender Gewalt, vor allem in der Türkei.

Während des achtjährigen Golfkrieges zwischen dem Irak (als dem ursprünglichen Aggressor) und Iran gerieten die Kurden zwischen die Fronten. Die iranische Regierung nutzte den Kurdenkonflikt im Irak aus, um Kurden als Kanonenfutter an der Grenze einzusetzen. Auf der Gegenseite liessen die irakischen Militärs keine Gelegenheit aus, um in ihrem autonomen Kurdistan für «klare Verhältnisse» zu sorgen: Ganze Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht. 1988 kam es zum Giftgasmassaker von Halabdscha (5000 Tote), und Tausende von Kurden wurden in den Süden des Iraks zwangsumgesiedelt.

### Auge um Auge, Zahn um Zahn

Ähnlich wie die irakische Führung unter Saddam Hussein vertritt offenbar auch die türkische Regierung heute die Auffassung, dass das Kurdenproblem nur mit rein militärischen Mitteln gelöst werden kann, also «Auge um Auge, Zahn um Zahn».

Die Türkei verfügt zwar mit zwölf bis fünfzehn Millionen über eine nennenswerte kurdische Minderheit, amtlich jedoch gibt es keine Kurden. Es gibt nur Türken, das heisst, die Regierung in Ankara spricht von den Kurden als von Bergtürken. Und weil es keine Kurden gibt, ist die kurdische Sprache verboten. Damit werden alle kulturellen Rechte unterdrückt.

Die Sieger des Ersten Weltkrieges wollten einen kurdischen Staat schaffen. So steht es zumindest im Friedensvertrag von Sèvres (1920). Vorgängig hätte Kurdistan seine Autonomie erhalten sollen. Der Vertrag wurde jedoch vom türkischen Parlament nie ratifiziert. Im Friedensvertrag von Lausanne (1923) – die Türkei war mittlerweile Republik unter Mustafa Kemal (Atatürk) geworden und hatte,



Die Kurden – ein Volk mit einer Geschichte von über 3000 Jahren – haben das unselige Schicksal, in einem Gebiet zu leben, in dem sich ebenfalls seit Jahrtausenden die Interessen der Regionalmächte überschneiden.

im übrigen, Griechenland eine militärische Niederlage zugefügt – ist Kurdistan mit keiner Silbe mehr erwähnt. Seither kämpfen die Kurden – aber jeder und jede nationalistische Bewegung für sich – für Autonomie, für einen eigenen Staat.

Bekannt und gefürchtet ist in der Türkei Apocus, die Kurdische Arbeiterpartei (PKK). Sie formte sich 1974 aus der Türkischen Revolutionären Jugend in Ankara und ver kroch sich 1979 in Kurdistan. Ihre Parole lautet «Kampf dem Feudalismus und Kolonialismus». Bis anhin standen auf der Liquidationsliste kurdische Dorfälteste, Beamte und vorab Regierungssoldaten. Doch die PKK hat ihre Taktik und Strategie offenbar geändert: Die PKK-Kämpfer haben ihren Widerstand «verlagert». Das heisst, bisher beschränkten sich die bewaffneten Auseinandersetzungen auf Gebiete in den unwegsamen Bergen. Jetzt wird der Konflikt in die Provinzstädte getragen. Dieser bekommt damit eine neue Dimension.

Aus einem Bericht des türkischen Geheimdienstes geht hervor, dass die Kurdische Arbeiterpartei «in den grösseren Städten operiert und die Bewohner zum Widerstand gegen die Behörden und die Sicherheitskräfte anstiftet». Die PKK rufe zu organisierten Demonstrationen, Streiks, Boykotten und der Besetzung öffentlicher Gebäude auf. Die kurdischen Dorfbewohner beteiligten sich an den Kundgebungen. Früher hätten es selbst die Kurden, die mit den Zielen des kurdischen Nationalismus sympathisierten, vermieden, sich mit den von der PKK organisierten Unterfangen zu solidarisieren; manche hätten den Behörden gar bei der Ergreifung der «Terroristen» geholfen. Die «Aufgabe für die Armee», die bisher die aufständischen Kurden in den östlichen Bergregionen und ländlichen Gebieten erfolgreich bekämpft habe, «ist schwieriger geworden».

### Steigende Spannung

Die Regierung in Ankara hat sich für eine Politik der militärischen Stärke entschieden. Damit wird offensichtlich, dass die Ungeduld der Armee mit den Politikern schwerer wog und noch immer wiegt als die politischen Intentionen und Ambitionen von Präsident Özal, die Türkei als ein europäisches Land unter anderen in die

Europäische Gemeinschaft (EG) zu führen.

Die Türkei macht Syrien für die Eskalation der Gewalt verantwortlich. Damaskus gewährt dem PKK-Anführer, Abdullah Öcalan, Gastrecht. Die Syrer drillen PKK-Kämpfer in libanesischen Lagern in dem von ihnen kontrollierten Bekaatal. Ausgerüstet mit modernen Waffen, würden danach die Kurden über die syrische Grenze in die Türkei eingeschleust.

Damaskus hat die Vorwürfe aus Ankara zurückgewiesen. Die Stabilität der Türkei, wie sich der syrische Botschafter in Ankara unlängst äusserte, hänge mit jener Syriens eng zusammen. Auch in Syrien gebe es eine kurdische Bevölkerung. Wenn es zu Unruhen in der Türkei komme, dann könne der Funke leicht auf Syrien überspringen.

In Syrien leben etwa 600 000 Kurden. Sie werden seit Jahren «arabisiert». Während des Golfkrieges förderte der syrische Staatschef, Hafes es-Asad, den Kampf der Kurden, soweit er sich gegen den Irak richtete. Es ist denkbar, dass Syrien die PKK unterstützt. Der Hintergrund ist, so paradox es anmuten mag, Wasser. Schon vergangenen Oktober drohte Özal, man werde die Wasser des Euphrat zurückhalten, wenn Asad fortfahre, die PKK zu unterstützen.

Sowohl für die Türkei als für Syrien (und den Irak) ist der Euphrat ein «kritischer Faktor». Seine Wasser sind lebenswichtig für die Landwirtschaft, für die Erzeugung elektrischer Energie. Experten sagen Syrien um 2000 ein jährliches Wasserdefizit von tausend Millionen Kubikmetern voraus, und das bei einem Bevölkerungswachstum von 3,8 Prozent/Jahr. 1987 zählte Syrien 11, die Türkei 53 Millionen Einwohner; im Jahr 2000 werden es 18 beziehungsweise 67 Millionen sein (die türkische Bevölkerung wächst um jährlich etwa 1,9 Prozent).

Mit anderen Worten, die Türkei kann Syrien mit Wasser erpressen, zumal die Syrer über keine andere Alternative als die Kurden verfügen: Indem Damaskus die PKK unterstützt, soll Ankara gefügig gemacht werden.

In der Türkei wird aber öffentlich über die Möglichkeit gesprochen, einen Angriff nach israelischem Stil gegen das PKK-Hauptquartier in Damaskus und die Ausbildungslager im Bekaatal durchzuführen. Der türkische Oberbefehls-

haber, General Necip Toruntay, deutete Ende März auch an, dass eine «Verfolgungsjagd auf Rebellen», die über die Grenze in benachbarte Staaten wie Syrien und den Irak gehen, nicht ausgeschlossen werden kann.

### Nato ist ebenfalls betroffen

Nach einem stillschweigenden Übereinkommen aus dem Jahr 1984 zwischen Ankara und Bagdad ist es der türkischen und der irakischen Armee erlaubt, im Falle einer Eskalation des Kurdenkonflikts «in begrenztem Umfang militärisch auf dem Gebiet des Nachbarstaates zu operieren». Unlängst sagte ein türkisches Kabinettsmitglied, «in der südöstlichen Region wird gegenwärtig ein nicht offiziell erklärter Krieg geführt, an dem einige fremde Mächte beteiligt sind». Die (kurdischen) «Terroristen» würden als «Waffe gegen uns eingesetzt».

Die Verschärfung des Konflikts in Türkisch-Kurdistan kann (sollte) die Atlantische Allianz (Nato) nicht unberührt lassen. Die Türkei ist wichtiges Mitglied des westlichen Verteidigungsbündnisses. Von der amerikanischen Botschaft in Ankara verlaublich, die westlichen Partner würden der Türkei helfen, sollte sie von Syrien angegriffen werden. Gleichzeitig legten die Amerikaner der türkischen Regierung nahe, das «Problem Kurdistan und PKK» mit eigener Kraft zu lösen. Kurden in der Türkei sehen die Zukunft düster. Entweder werde die Türkei «zurückgepfiffen», oder – was wahrscheinlicher sei – diese werde einen Schlag gegen Kurden im Irak, Iran und Syrien führen. Das bedeutete dann «libanesischen Verhältnissen» in Kurdistan.

Jacques Baumgartner

## Leserbrief

### Energie als Umweltproblem

In Ihrem guten Leitartikel Nr. 3 vom März 1990 stellte ich folgendes fest: Sie reihen Energieholz in das Spektrum der fossilen Brennstoffe ein, was ich mit Nachdruck zurückweisen möchte. Holz ist – bei intaktem Wald – eine regenerierbare Biomasse, im Gegensatz zu den erschöpflichen fossilen Energieträgern. Der Wald nimmt mit seinem naturgegebenen Kreislauf ganz erhebliche Mengen von CO<sub>2</sub> wieder auf. Diese Mengen habe ich neulich berechnet – sie umfassen allein im Gebirgskanton Graubünden 435 000 Tonnen pro Jahr dieses nicht harmlosen Gases.

Peter Brosi, Trimmis



**Die Schweiz – Teil der Welt**

Auszug aus der Rede von Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz:

Die Schweiz existiert nicht als Selbstverständlichkeit. Ihre Existenz war nicht durch natürliche Gegebenheiten vorgezeichnet. Dass es sie gibt, beruht auf dem Willen der Schweizer.

In sieben Jahrhunderten haben sie den kleinen geographischen Raum zu einem Ganzen zusammengeschweisst – vier Sprach- und vier Kulturkreise, die nicht von vorneherein zusammenpassten. Und während die Schweizer die Schweiz errichteten – die fremden Richter aus ihren Tälern verbannten –, stellten sie den Kontakt zum Ausland her – zu Europa zunächst, zur ganzen Welt anschliessend. Ganz offensichtlich kann die Schweiz nur in einem ausgeprägten, engen internationalen Austausch bestehen. Und das auf allen Gebieten.

Darin liegt das Paradox: Die Schweiz – streng auf ihre im Gegenstrom errungene Souveränität bedacht – besteht andererseits nur dank ihrer Fähigkeit, eine betont internationale Rolle zu spielen. Ein Paradox, das sich in den 700 Jahren unseres Bestehens immer wieder bestätigt hat: ein Paradox, das heute so aktuell ist wie eh und je.

Was bedeutet dies nun im einzelnen für die Eidgenossenschaft? Zwei Verantwortungen müssen wir wahrnehmen, meine ich.

Erstens: Die Schweiz lebendig zu erhalten in ihrer Vielgestaltigkeit, in ihrer «heterogenen Einheit», in ihrer demokratischen Gesinnung. Hier bauen wir heute Defizite auf: Zu gleichgültig verhält sich der Einzelne gegenüber der Gesellschaft; zu naiv glaubt er an den automatischen Fortgang des wirtschaftlichen Erfolges. Der helvetische Zement bröckelt. Aufgepasst!

Zweite Verantwortung: Wir müssen unseren Horizont öffnen, im weitgesteckten Rahmen denken und handeln. Mut zu Neuem zeigen, uns vom Geist des Wettbewerbs inspirieren und beflügeln lassen.

Kurz: Verstehen wir uns als Teil der Welt und stellen wir den «Alleingang» ins Museum.

Die internationale Ausstrahlung und Geltung der Schweiz ist heute notwendiger denn je. Sie muss vor allem weltweit sein. So wichtig und intensiv die europäische Debatte ist – reich an integrationspolitischen Errungenschaften, reich an politischer Öffnung in Osteuropa –, unsere Interessen und unsere Verantwortung liegen doch auch ausserhalb von Europa.

Der Nord-Süd-Dialog darf nicht von einem exklusiven Ost-West-Dialog überschattet werden. Untereentwicklung, Hunger, Epidemien und Tod in der Dritten Welt, ökologische Katastrophen im Äquatorgürtel, internationale Verschuldung (1970 waren es neunzig Milliarden Dollar, heute sind es eintausenddreihundert Milliarden), Inkohärenz des Welthandels (die Uruguay-Runde des Gatt soll hier Abhilfe schaffen) – dies alles sind Kardinalfragen, auf die die Schweiz ebenso eine Antwort zu geben hat.

Das schweizerische Engagement hat demnach eine weltweite Dimension. Wir müssen die Fixierung auf Europa – die «Euro-Obsession» – bekämpfen. Auch ausserhalb des Vierecks Atlantik-Arktis-Ural-Mittelmeer geschieht etwas:

Es geschieht etwas in den Ländern südlich der Sahara, die an Armut und Hunger leiden.

Es geschieht etwas im Pazifikraum, wo eine starke Konkurrenz im Entstehen ist.

Es geschieht etwas in den Ländern, die sich im schnellen Wandel vom Entwicklungsland zum Industriestaat befinden. Ich denke etwa an Mexiko.

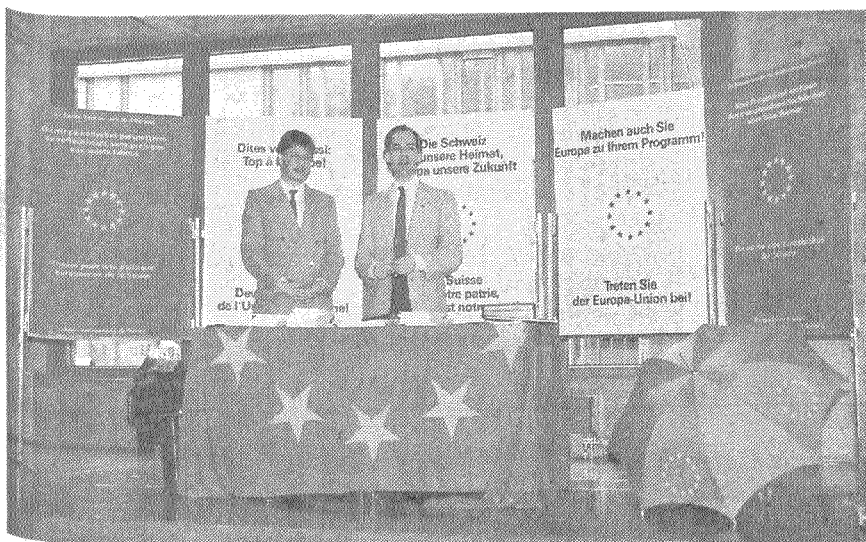
Wir, unser Land und seine Bürger, müssen uns der zentralen Bedeutung des weltweiten Engagements der Schweiz bewusst bleiben! Im «Zoo Schweiz» gibt es keinen Platz für den Vogel Strauss und den Igel – das heisst für nette Tiere, die nicht sehen wollen und die nicht ausstrahlen können.

Blieben wir uns bewusst, dass das Engagement der Schweiz – gemeinsam getragen von Staat und Privatsektor – sich nicht auf das Ökonomische beschränkt. Es ist total. Es umfasst Wirtschaft, Soziales, Kulturelles; das Politische im weitesten Sinn.

Der Rahmen für die heutige Diskussion der Freisinnigen Partei über die Stellung der Schweiz in Europa ist damit gegeben.

Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz: «Wir, unser Land und seine Bürger müssen uns der zentralen Bedeutung des weltweiten Engagements der Schweiz bewusst bleiben!»

Photo ruti



An verschiedenen Ständen warben am FDP-Parteitag Vereinigungen wie hier die Europaunion für ihre Ideen.

**FDP für europäische Solidarität über die Mitarbeit im EWR**

**Europa im Zentrum**

Eine Rede von Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz, ein kontroverses Podiumsgespräch, eine offene Diskussion und abschliessende Bemerkungen von Parteipräsident Franz Steinegger: das waren die Elemente, mit denen die FDP an ihrem Parteitag «Europa 92» thematisierte. Mit der Verabschiedung einer Resolution bekannten sich am Schluss die Parteimitglieder zu einer aktiven, solidarischen Haltung der Schweiz in Europa und stellten sich hinter die bundesrätlichen Zielsetzungen einer Mitarbeit im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR).



FDP-Nationalrat Ernst Mühlemann (TG) – ein begeisterter Europäer.



Die Quintessenz der Jungfreisinnigen.

Photos Madeleine Kuhn-Baer

**FDP-Resolution: Perspektiven in der Europapolitik**

Die FDP befürwortet eine aktive Teilnahme der Schweiz an der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung Europas, um die Ideen der persönlichen Freiheit, der demokratischen Staatsform und der sozialen Marktwirtschaft in wirksamer Weise zu vertreten. Die jüngste geschichtliche Auseinandersetzung in Osteuropa führte zum vollständigen Niedergang sozialistischer Gleichschaltung, marxistischer Diktatur und planwirtschaftlicher Bürokratie. Als politisch eigenständiges, wirtschaftlich starkes und kulturell vielfältiges Land im Zentrum unseres Kontinents kann die Schweiz im Rahmen des jetzigen Neuaufbaus ihren Beitrag an ein liberales, demokratisches und weltweites Europa verstärken. Das zukünftige Europa sollte als föderalistische Staatengemeinschaft auf der zielgerichteten Dezentralisierung nationaler Macht und auf direkter Mitwirkung der Bürger aufgebaut sein. Die FDP bekennt sich deshalb zu folgenden Thesen für eine zukünftige Europapolitik unseres Landes:

1. Die FDP erkennt Chancen und Risiken in den am 19.12.1989 ausgelösten Verhandlungen zwischen den EG- und den EFTA-Ländern über einen gemeinsamen

Vertrag zu enger Zusammenarbeit in einem zu schaffenden Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Sie unterstützt die Zielsetzungen der bundesrätlichen Verhandlungsdelegation, in offener und flexibler Vorgehensweise die Zusammenarbeit innerhalb der EFTA und gegenüber der EG zu stärken.

2. Die FDP erwartet vom Bundesrat, dass er bei den Verhandlungen das Mitbestimmungsrecht im EWR-Vertrag sicherstellt und Möglichkeiten der Mitgestaltung bei allen weiteren Entwicklungen im europäischen Raum offenhält. Die Chancen zur Mitwirkung unseres Landes bei der Entwicklung Europas im Rahmen der Zusammenarbeit von EG, EFTA und Osteuropa sind zielbewusst wahrzunehmen.

3. Die FDP begrüsst den Übergang zu binnenmarktähnlichen Verhältnissen in einem erweiterten europäischen Freihandelsraum und befürwortet eine möglichst freie Zirkulation von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital. Die Übernahme des EG-Binnenmarktrechtes hat in wesentlichen Bereichen Ausnahmeregelungen zuzulassen, so dass unter anderem in der Landwirtschaftspolitik und in der Stabilisierungspolitik für ausländische Wohn-

bevölkerung Sonderlösungen möglich bleiben.

4. Die FDP sieht die wirtschaftlichen Vorteile eines EWR-Vertrages auf der Basis einer gemeinsamen Rechtsgrundlage zwischen der EG und den EFTA-Ländern. Der erleichterte Zutritt zum EWR-Markt kann Unsicherheiten über die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Schweiz beseitigen.

5. Die FDP geht davon aus, dass die Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraumes die wesentlichen Elemente des schweizerischen Föderalismus erhält. Das schliesst einen Harmonisierungsprozess ein, der etwa im Bereich öffentlichen Beschaffungswesens, technischer Vorschriften, gegenseitiger Diplomanerkennung oder Zulassungsbestimmungen für Berufsausübung zu Anpassungen kantonaler Vorschriften führen könnte.

6. Die FDP verlangt, dass die direkte Demokratie durch den EWR-Vertrag möglichst wenig beeinträchtigt wird. Insbesondere sollten Initiativ- und Referendumsrecht so weit als möglich erhalten bleiben.

7. Die FDP ist überzeugt, dass die Schweiz mit einer EWR-Lösung nicht auf die aussen- und sicherheitspolitischen Zielsetzungen der EG verpflichtet wird. Sie wird deshalb auch in Zukunft ihre

Aussenpolitik im Sinne der Neutralität nach eigenem Ermessen ausgestalten können.

8. Die FDP unterstützt die verstärkte zusätzliche Zusammenarbeit in den Bereichen Forschung, Ausbildung, Umweltschutz, Verkehr, Energie, Verbraucherschutz, Tourismus sowie Strukturpolitik. Es bestehen hier auch Chancen für die Bewältigung grenzüberschreitender Probleme, die bis jetzt ungelöst blieben.

9. Die FDP setzt sich für Reformprogramme der mittel- und osteuropäischen Länder ein, um eine freiheitliche politische Ordnung und eine soziale Marktwirtschaft zu erreichen. Es ist dafür zu sorgen, dass die mittel- und westeuropäischen Staaten der EG und EFTA mit den osteuropäischen Partnern zusammenarbeiten und den neu entstehenden Strukturen Europas Rechnung tragen.

10. Die FDP steht hinter den bundesrätlichen Zielsetzungen, über die Mitarbeit im Europäischen Wirtschaftsraum europäische Solidarität zu zeigen. Sollte das Verhandlungsergebnis beim EWR-Vertrag nicht befriedigen, sind die Lösungsmöglichkeiten eines schweizerischen Alleingangs oder eines Vollbeitrittes zur EG als Alternativen zu erwägen.

Fortsetzung von Seite 1

wollten oder beispielsweise gegen den Nato-Doppelbeschluss marschierten. Erfolg hatte dagegen die Entspannungspolitik auf der Grundlage gesicherter eigener Verteidigungsfähigkeit.

Wir haben die liberale Ordnung und die soziale Marktwirtschaft gegenüber dem Kommandosystem der sozialistischen Utopie immer verteidigt. Unser System hat seine Überlegenheit bei der Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen und bei der Bewältigung ökologischer Probleme bewiesen.

**Keine Denkpause**

Weil der sozialen Marktwirtschaft die Überlegenheit nicht durch Friedensmärsche und Blockaden in den Schoss gefallen ist und weil das sozialistische Wirtschaftssystem versagt hat, haben wir heute Entspannung. Wir haben uns daran zu erinnern, dass ein Teil unserer politischen Gegner Elemente dieses Wirtschaftssystems einführen und im Zusammenhang mit der Armeeausschaffungsinitiative die gesicherte Verteidigungsfähigkeit als Voraussetzung für Entspannung und Friedenspolitik abschaffen wollte oder zu dieser Frage keine offizielle Meinung hatte.

Wir wollen uns aber ohne Selbstgefälligkeit und offen mit den Chancen dieser neuen sicherheitspolitischen Situation auseinandersetzen und die Auswirkungen auf unser Land evaluieren. Wir befassen uns deshalb heute mit Sicherheitspolitik.

Die FDP setzt sich mit der neuen sicherheitspolitischen Entwicklung ohne Scheuklappen, aber auch ohne Wunschdenken auseinander. Wir bringen damit zum Ausdruck, dass, wenn neue Entwicklungen eintreten, nicht Denkpausen gefragt sind. Im Gegenteil, man darf mit Denken nicht aufhören, sondern muss diese anstrengende Tätigkeit noch intensiver betreiben.

**Zum Thema «Europa 92»:**

Man kann die Tatsache, dass die Schweiz heute nicht Mitglied der EG ist, bewerten, wie man will, es handelt sich aber um eine Tatsache. Neue Fakten seit dem Freihandelsabkommen zwischen EFTA und EG von 1972 sind: die EG-Erweiterung und die Ausdehnung der EG-Kompetenzen zur Realisierung des EG-Binnenmarktes bis Ende 1992. Der Preis für die fehlende EG-Mitgliedschaft ist dadurch im Vergleich zu 1972 grösser geworden.

**Schlüsselerlebnis**

Auf der Grundlage des Berichtes über die Stellung der Schweiz im europäischen Integrationsprozess vom 24. August 1988 haben Bundesrat und Bundesversammlung im

Verhältnis zur EG den sogenannten dritten Weg zwischen Abseitsstehen und Beitritt gewählt. Für mich war es ein Schlüsselerlebnis, dass dieser Bericht im März und Juni 1989 weitgehend diskutiert worden ist, als ob Jacques Delors seine Rede vom 17. Januar 1989 nicht gehalten hätte und als ob die Regierungen der EFTA an der Konferenz von Oslo am 15. März 1989 dieser Idee von Jacques Delors grundsätzlich nicht zugestimmt hätten.

**Ziele setzen**

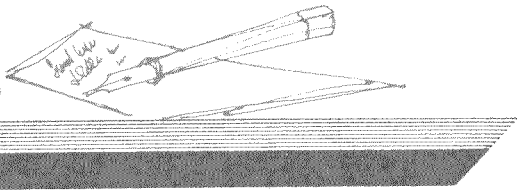
Zwar liegt die Aussenpolitik in der Kompetenz des Bundesrates. Die Bundesversammlung und das Volk haben aber im Bereiche der ausser- und wirtschaftspolitischen Verträge ein gewichtiges Wort mitzureden. Ich hatte oft den Eindruck, dass die Politik unser Verhältnis zur EG nicht mitgestaltet,

sondern die Verhandlungsergebnisse oder die Verhandlungsstadien nachvollzieht. Überdies haben sich die politischen Diskussionen keineswegs durch ein Übermass an europapolitischen Kenntnissen ausgezeichnet.

Bundesversammlung und Volk können aber die Europapolitik nur mittragen, wenn sie mitgestalten, wenn sie nicht nur nachvollziehen, sondern auch Ziele setzen.

Der Bundesrat ist in der heutigen Verhandlungskonstellation nicht zu beneiden. Die Schweiz bildet mit beitriftswilligen EFTA-Ländern eine Verhandlungspartei, und in der Schweiz wird der EG mittels EG-Initiativen signalisiert, dass wir zu EG-Bedingungen einverleibt werden könnten. Ob während den EWR-Verhandlungen eine grössere Zurückhaltung nicht am Platz wäre, kann mindestens gefragt werden.

**Leserbriefe**



**Liberaler Mut und liberale Offenheit lohnen sich!**

Eine Riesenfreude hat mir der FDP-Doppelvorschlag bei den letzten Ständeratswahlen im Kanton Glarus beschert. Angesichts des Glanzergebnisses und der politischen Vorgeschichte von Neu-Ständerat Fritz Schiesser gelange ich zur festen Überzeugung, dass sich Mut und Offenheit eines echt liberalen FDP-Politikers gelohnt haben.

Ich kann mir gut vorstellen, wieviel Mut und Offenheit es für einen jungen unabhängig denkenden Freisinnigen gebraucht hat, um das Vertrauen des grössten Teils der kantonalen Stimmbürger entgegen anders ausgerichteten Mehrheitsansichten in der eigenen Partei zu gewinnen. Erfreulicherweise scheint der frische liberale «Uner Bergwind» mit seiner positiven Ausstrahlung auch noch rechtzeitig über den Klauenpass ins ständeratswählende Glarnerland hinübergeblasen zu haben.

Dieser eindeutige FDP-Wahlerfolg möge, so hoffe ich von Herzen, für die kommenden Parlaments- und Regierungswahlen auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene in unserem ganzen Lande wegweisend sein und somit klarstellen, dass sich echt liberale Gesinnung mit viel Mut und Offenheit lohnt und vom Wählervolk auch honoriert wird, dies im Gegensatz zur sturen Sesselkleberei und Machtanklammerung seitens gewisser Legislativ- und Exekutivmandatsträger. Nur mit mehr Mut und Offenheit, zudem im verstärkten Geiste freiheitlicher Selbstbeschränkung zugunsten unserer Mitmenschen und unseres ganzen Volkes wird nämlich unsere FDP wieder zur echten Volkspartei!

Jörg Schawalder, St. Gallen

**Ein reines Störmanöver!**

Es ist noch nicht sehr lange her. Anfang Jahr begaben sich SPS-Parteipräsident Helmut Hubacher und Nationalrat Elmar Ledergerber nach Bonn, um mit dem ehemaligen Bundeswehrgeneral und SPD-Bundestagsabgeordneten Manfred Opel sogenannte Gespräche über die Flugzeugbeschaffung zu führen. Das jedenfalls war der erklärte Zweck jener Exkursion. Um was es dabei wirklich ging, wurde dann im April klar, als Manfred Opel auf Einladung der

SPS für einen Gegenbesuch in der Schweiz weilte – und (rein zufällig natürlich!) die Gelegenheit erhielt, vor versammelter Presse in Bern seine ablehnende Meinung zur Beschaffung des neuen Kampfflugzeuges FA-18 kundzutun.

Da stellt sich gleich vorweg einmal die Frage, seit wann denn eigentlich unser Land der Ratschläge eines fremden Generals bedarf. Bis anhin verstanden wir es nämlich, unsere Angelegenheiten selbst zu regeln, ohne Einmischung von aussen, und ich meine, dass das auch in Zukunft besser so zu bleiben hat. Gerade als neutraler Staat tun wir noch immer gut daran, unsere politischen Entscheidungen unabhängig zu treffen und nicht bei allem und jedem ins Ausland zu reisen, um dort Kommentare einzuholen. So etwas darf hierzulande keinesfalls zur Mode werden. Man kann nur hoffen, dass dieses jüngst von den Herren Hubacher und Ledergerber praktizierte Beispiel nicht eines Tages Schule macht – weder zur Beratung in Rüstungsfragen noch anderswie!

Aber auch von der Sache her wirkt die Geschichte nicht sonderlich überzeugend. Da soll sich also im Ausland sage und schreibe nur dieser eine Experte gefunden haben, der uns nun das FA-18-Projekt ausreden will. Ein «Fachmann» zudem, dessen Standpunkt man schon insofern mit einiger Vorsicht bewerten sollte, als er notabene nicht einmal Pilot ist und logischerweise auch nie eine FA-18 geflogen hat! Viel Erfahrung mit diesem Kampfflugzeug besitzt er folglich kaum. Daran ändert auch der Umstand wenig, dass verschiedene Medien das «hohe Sachwissen» Opels hervorhoben. Denn von – ebenso sachwissender! – anderer Seite wurde schon des öfteren und unmissverständlich genug die Auffassung vertreten, das Kampfflugzeug FA-18 stelle einen durchaus denkbaren, weil mit den Anforderungen des modernen Luftkampfes übereinstimmenden Ersatz für die veraltete Mirage dar. Doch hatte – wen verwundert's! jene andere Seite eben nicht die Ehre, von der SP um ihre Meinung gefragt zu werden.

Wenn die SPS im übrigen glaubt, das FA-18-Projekt sei falsch, zu teuer und sicherheitspolitisch nicht zu verantworten, dann muss man ihr mit aller Deutlichkeit sagen, dass ein hochmodernes Kampfflugzeug für unsere Luftwaffe keineswegs ein Luxus wäre. Im Gegenteil. Als neutrales Land bleiben wir nach wie vor völkerrecht-

A. o. Delegiertenversammlung in Vevey

**Freisinniges Manifest und Drogenpolitik**

Samstag, 23. Juni 1990, in Vevey (Salle Del Castillo, 10 Minuten vom Bahnhof)

**Programm**

- 10.00 Uhr Begrüßungskaffee
- 10.30 Uhr Eröffnung der Tagung  
Begrüßung durch Yves Christen, Stadtpräsident von Vevey  
Einleitung durch FDP-Parteipräsident Nationalrat Franz Steingegger

**1. Teil der Tagung**

*Freisinniges Manifest, Vorstellung und Diskussion*

**2. Teil der Tagung**

*Für eine umfassende Drogenpolitik*

- 12.00 Uhr Prof. Dr. Felix Gutwiller, Präsident der FDP-Arbeitsgruppe «Drogen»  
*Prinzipien der freisinnigen Politik in der Drogenfrage*
- 12.00 Uhr Apéritif und Lunch
- 13.15 Uhr **Gruppenarbeiten**  
Gruppe 1: Prävention  
Gruppe 2: Massnahmen gegen Drogenhandel  
Gruppe 3: Massnahmen für Drogensüchtige  
Gruppe 4: Haltung gegenüber dem Konsum von Drogen
- 14.30 Uhr Gruppenberichte im Plenum und Diskussion  
**Verabschiedung von Grundsätzen der freisinnigen Politik in der Drogenfrage**
- 16.00 Uhr Ende der Tagung

Der/die Unterzeichnete

nimmt an der a. o. DV in Vevey teil.

Ich interessiere mich besonders für

- Gruppe 1  Gruppe 3
- Gruppe 2  Gruppe 4

Name: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

Plz./Ort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Talon bitte an das Generalsekretariat FDP, Postfach, 3001 Bern, retournieren.

lich verpflichtet, jederzeit die Verteidigung unseres Luftraumes und den Neutralitätsschutz zu gewährleisten. Und unterdessen dürfte sich auch in SP-Kreisen die lapidare Erkenntnis durchgesetzt haben, dass das mit veraltetem Material nicht möglich ist, wohl so wenig wie mit billigen Occasionsflugzeugen zweiter Garnitur, die uns Manfred Opel an der Pressekonferenz in Bern empfahl.

Man kann sich somit des Eindrucks nicht erwehren, der SPS sei es bei ihrer eifrigen Ratsuche im Ausland mehr um gezielte Gegenpropaganda gegangen als um das Fachurteil – um die möglichst frühzeitige Beerdigung eines Rüstungsvorhabens, das ganz und gar nicht in ihren Fahrplan passt. Eigentlicher Zeck der Übung war also ein militärpolitisches Störmanöver. Nach erprobtem Rezept!

Ueli Zoelly, Winterthur

**Der Freisinn**

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38. Verantwortlich für die Redaktion, Generalsekretariat FDP der Schweiz: Annemarie Kappeler. Für die Kantonsleitungen die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung: ofa Zeitschriften, Sägereistr. 25, 8152 Glattbrugg, Telefon (01) 809 31 11.

Druck: Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.–, Jahresabonnement Fr. 20.–.

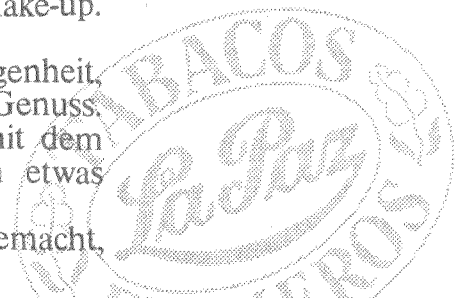
**Die wilde Glut der Tropen. Von La Paz.**



Temperamentvolle Kostbarkeiten aus sonnigen Plantagen. Von Rauheit und Reinheit der Natur zugleich. Und doch harmonisch mild. Das sind die im Aroma leicht süsslichen Wilden Cigarillos Brazil Type von La Paz. Aus echten Brasil-Tabaken, umhüllt mit einem Mata-Fina-Deckblatt aus Bahia. Und dem typischen Büschel am Brandende, das ihr wahres Inneres zeigt. So, wie die Natur sie geschaffen hat. Ohne Make-up. Und darum gut.

Klein genug für jede Gelegenheit, gross genug für wirklichen Genuss. Wilde Cigarillos Brazil Type mit dem Siegel von La Paz sind eben etwas Besonderes.

Sie werden für Geniesser gemacht, die den Unterschied erkennen.



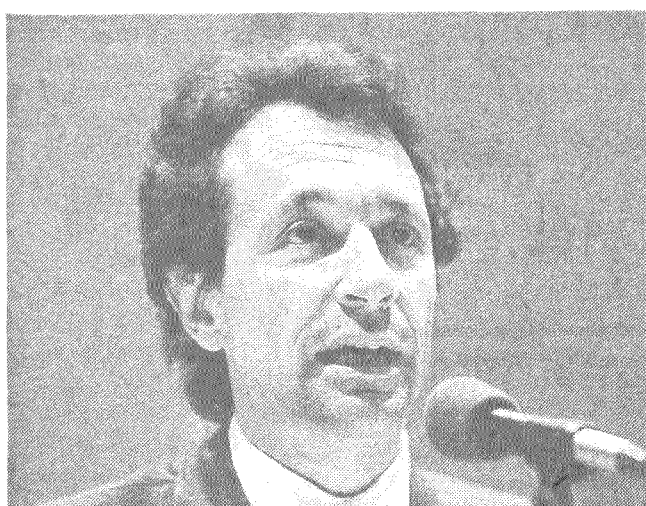
Cigarros Autenticos.



Ein aufmerksames Plenum.



Eindringlich analysierte Bundesrat Kaspar Villiger die gegenwärtige politische Lage und erläuterte sicherheitspolitische Fragen.

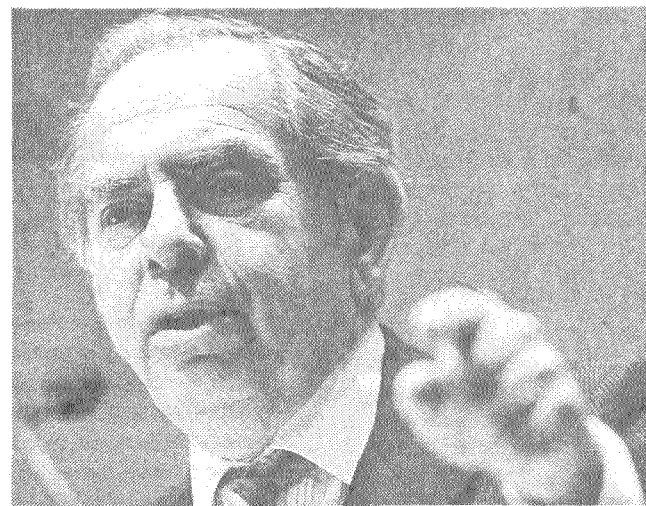


FDP-Generalsekretär Kauter: «Wir wollen den Liberalismus der Freisinnigen hochhalten.»

FDP-Parteitag in Glarus

### Sicherheitspolitik

Die heutige Sicherheitspolitik der Schweiz und die Armee reform 95 bildeten den Auftakt zum FDP-Parteitag in Glarus vom 27./28. April 1990, an der die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) ihre Position und Strategie festlegte. Als wichtigstes Ziel definierte die FDP die Erhaltung des Friedens in Freiheit und Unabhängigkeit. Eine gesicherte Verteidigungsfähigkeit erachtet sie als Voraussetzung für eine aktive Friedenspolitik.

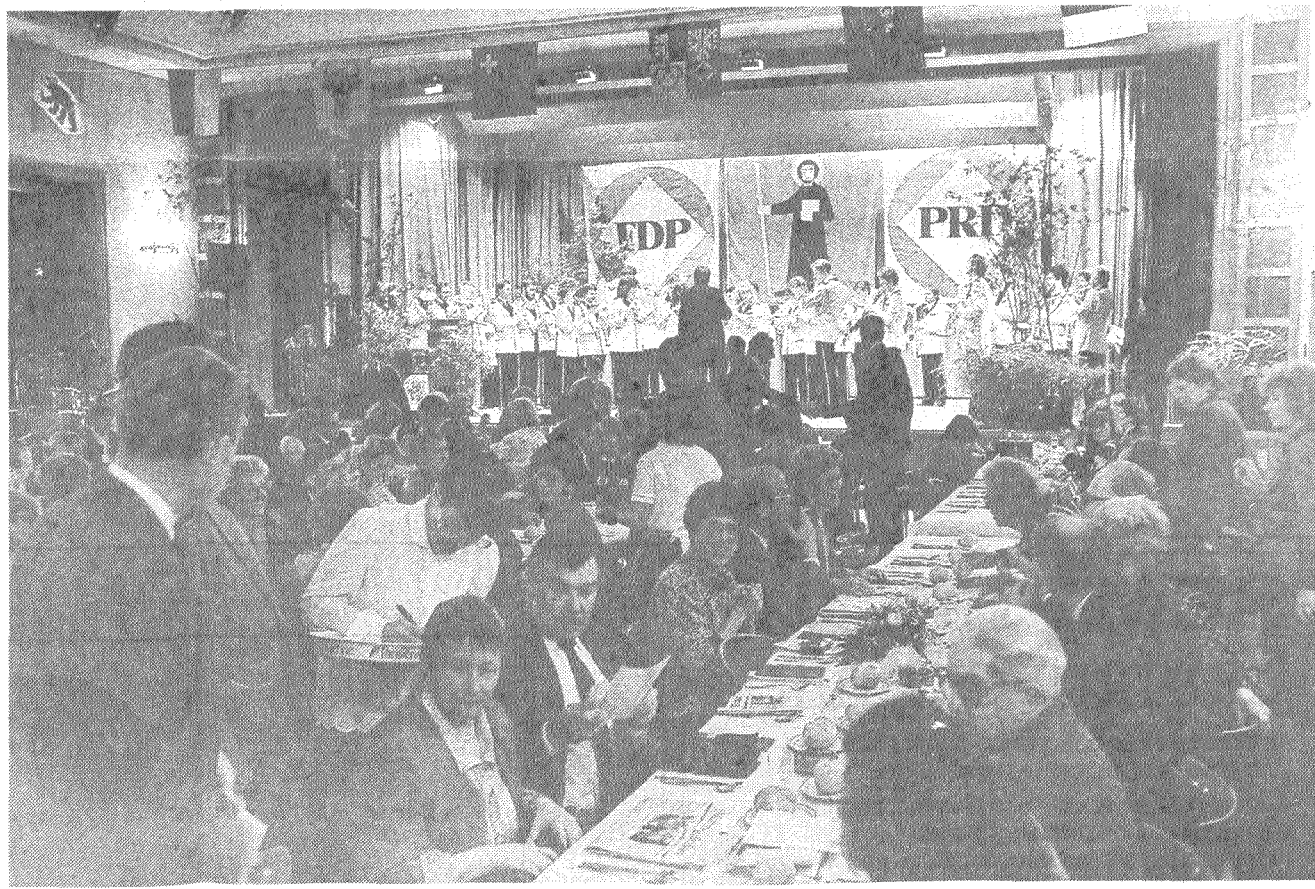


Osteuropa-Experte Professor Lendvai aus Wien sprach über Lage und Entwicklungsaussichten in Osteuropa.



Info-Stand des Militärischen Frauendienstes am FDP-Parteitag in Glarus.

Photo Madeleine Kuhn-Baer



Einen herzlichen Empfang bereiteten die Glarner Freisinnigen den Parteimitgliedern aus der ganzen Schweiz.

Photos ruti

### Die FDP-Position zur Sicherheitspolitik

- Unsere freiheitlich-rechtsstaatliche Demokratie dürfen wir nicht aufs Spiel setzen. Das sind wir nicht nur denjenigen schuldig, die unsere Freiheit begründet und erhalten haben, sondern auch denjenigen, die uns folgen.
- Wichtigstes Ziel unserer Sicherheitspolitik ist die Erhaltung des Friedens in Freiheit und Unabhängigkeit.
- Für die Achtung der Menschenrechte und für den Schutz der freiheitlichen Ordnung treten wir durch Bereitschaft zur militärischen Verteidigung ein.
- Militärische Sicherheit und Entspannungspolitik ergänzen sich gegenseitig und bilden zusammen echte Friedenspolitik.
- Gesicherte Verteidigungsfähigkeit ist die Voraussetzung für eine aktive Friedenspolitik.
- Die Bedrohungslage hat sich geändert. Einerseits ist das Potential an technischen Bedrohungen gestiegen, ebenso haben sich die Ge-

fahren für die innenpolitische Handlungsfähigkeit erhöht. Andererseits hat sich die Lage in Europa in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht geändert. Diesen geänderten Bedingungen ist Rechnung zu tragen.

- Auf Grund der heutigen Bedrohungslage ist eine Redimensionierung der militärischen Anstrengungen auf längere Sicht möglich.
- Einmal durchgeführte Rüstungsreduktionen können nicht so schnell rückgängig gemacht werden, wie politische Entscheide gefällt werden, auch wenn es sich um einen politischen Erdbeben handelt. Politische Absichten können schneller geändert werden als militärische Potentiale. Für den Entscheid über Rüstungsreduktionen sind deshalb primär die Potentiale massgebend. Politische, wirtschaftliche, wehrpsychologische und andere Aspekte sind aber mit einzu-beziehen.

- Das Wagnis zu quantitativen Einschränkungen ist mit qualitativen Verbesserungen und höherer Flexibilität bei den grundlegenden Instrumenten zu koppeln. Qualitative Verbesserungen sollen insbesondere auch den menschlichen Ressourcen zugute kommen.
- Die Chancen der heutigen Lage sind mit zusätzlichen Anstrengungen im Bereiche der Rüstungskontrolle und der Abrüstung zu nutzen. Aufgabe von Rüstungskontrolle und Abrüstung ist es, Stabilität und Frieden mit immer weniger Waffen zu schaffen und zu sichern. Die Bemühungen um Rüstungsbegrenzung sind durch vertrauensbildende Massnahmen zu fördern und zu ergänzen.
- Die schweizerische Aussenpolitik hat sich vermehrt auf den Bedarf nach wirtschaftspolitischen und ordnungspolitischen Orientierungshilfen einzustellen. Dafür müssen zusätzliche Kapazitäten koordiniert eingesetzt werden.

- Sicherheits- und Aussenpolitik haben sich verstärkt auf eine weniger entscheidende Bedeutung der Machtblöcke und auf eine grössere Gefahr von regionalen und lokalen Konflikten einzustellen. Bei diesen lokalen und regionalen Konflikten wird die traditionelle Neutralität der Schweiz mit ihren Guten Diensten eine grössere Rolle spielen.
- Die Entspannungspolitik hat sich darauf zu konzentrieren, Konflikte pragmatisch über Ausgleich, Kompromisse und Hilfeleistung zu moderieren. Friedenswille, der ausschliesslich auf die Beseitigung aller Konfliktursachen gerichtet ist, wirkt statt friedensstiftend in gravierender Weise konfliktverschärfend.
- Der Konflikt, den der Wille zur Transformation des gesellschaftlichen Zustandes in einen definitiv konfliktbereinigten Dauerzustand heraufbeschwört, ist seiner Definition nach potenziertem Konflikt.
- Angesichts der heutigen Lage wird in Europa vor allem ein Landkrieg zunehmend unwahr-

scheinlich. Eine Verletzung der Lufthoheit kann aber nicht als gleich unwahrscheinlich beurteilt werden. Der Wahrung der Lufthoheit kommt deshalb in absehbarer Zukunft eine mindestens gleichbleibende Bedeutung zu, was bei der Ausrüstung der Luftwaffe zu berücksichtigen ist.

Garten- und Landschaftsarchitekten, Erdbauingenieure

**Spross**

Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich  
Garten- und Landschaftsbau 01-462.8262

SKA-Anlage-Service  plus<sup>®</sup>



**Ü b e r b l i c k . M i t d e m S K A - A n l a g e - S e r v i c e p l u s .**

Als privater oder institutioneller Anleger können Sie vom «SKA-Anlage-Service plus» Mehrleistungen erwarten: mehr persönliche Beratung, mehr Engagement, mehr internationale Präsenz und MEHR ÜBERBLICK DANK BESSERER INFORMATION. Dieses Plus an Leistung zeichnen wir mit der Pyramide aus, dem Symbol für das Streben nach Höherem, für Stabilität, Sicherheit und Wissen.

Mehr Überblick verschaffen wir Ihnen z.B. dank unseren weltweiten direkten Verbindungen zu allen wichtigen Finanzplätzen – zu den Spezialisten an allen Börsen im In- und Ausland sowie zu den renommierten Gruppen und Partnergesellschaften der SKA.

Mehr Überblick verschafft Ihnen aber auch unser dynamisches Management, unsere aufs modernste ausgebaute elektronische

Infrastruktur, z.B. mit dem computergesteuerten Anlage-Informationssystem (AIS), und selbstverständlich auch Ihr persönlicher SKA-Anlage-Berater.

Sie treffen Ihre Entscheide auf der Basis von fundierten und umfassenden Informationen. Damit Sie den Überblick behalten.



**SEMPERIT**   
Gummitechnik

Als führender europäischer Produzent sind wir auf innovative Gummiprodukte spezialisiert:

- Gummidichtungsprofile und Gummiformartikel
- Gummipress- und Dichtungsplatten
- Produkte für die Eisenbahn, Seilbahn- und Verkehrstechnik
- Verschleisschutzprodukte
- Spezialschläuche für chemische und abrasive Medien
- HD-Hydraulikschläuche mit Stahleinlagen
- Operations-, Untersuchungs- und Arbeitshandschuhe

Unsere Beratung ist **direkt, sachlich** und **kompetent!**

**Qualitätssicherung** nach internationalen Normen!

**Semperit Technische Produkte AG**

CH-8953 Dietikon/ZH, Lerzenstrasse 19  
Postfach 268, Tel. 01/740 29 39, Fax 01/740 31 51



*wo Nützlinge  
auch ihren Platz haben*

**Maag: Führend im Pflanzenschutz**



Dr. R. Maag AG 8157 Dielsdorf Tel. 01/855 11 11

**Unsere Produkte sind**

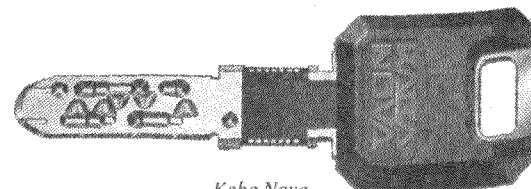
- Ideen**
- Qualität**
- Nutzwerte**
- Freude**
- Sicherheit**

SPALTENSTEIN IMMOBILIEN AG  
Siewerdstrasse 8, 8050 Zürich  
Tel. 01/316 13 00, Fax 01/316 13 94



IMMOBILIEN AG

MIT BAUER KABA SCHLIESST EIN GUTES MANAGEMENT ERFOLGREICH AB.



Kaba Nova.  
Das praxiserprobte, mechanisch-elektronische Schliesssystem.  
Von Bauer Kaba.

Fordern Sie zum Kennenlernen die Kaba Nova-Videokassette oder den Prospekt an: Telefon 01/931 61 11.

Jubiläumsversammlung des Verbandes liberaler Baugenossenschaften am 7. April in Kriens

## Mehr preisgünstige Wohnungen

Die Erweiterung des Angebots an preisgünstigen Wohnungen muss im Vordergrund der Anstrengungen zur Entspannung im Wohnungsmarkt stehen. Diese Auffassung vertrat Nationalrat Franz Steinegger UR als Präsident der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz vor der 25-Jahr-Jubiläums-Delegiertenversammlung des Verbandes liberaler Baugenossenschaften in Kriens.

Unter dem Vorsitz von Alexander Wili (Kriens) hielt der Verband liberaler Baugenossenschaften am Gründungsort seine Jubiläumsdelegiertenversammlung ab. Der Verband war am 14. April 1965 von Alexander Wili in Kriens gegründet worden. Heute gehören ihm über 150 Genossenschaftsmitglieder an, die mehr als 6000 Wohnungen besitzen und verwalten.

Im Namen der Luzerner Kantonsregierung überbrachte Schultheiss Erwin Muff die Grüsse und Glückwünsche, während Nationalrat Franz Steinegger namens der FDP Schweiz, welcher der Verband nahesteht, gratulierte. Steinegger benützte die Gelegenheit, um in einem Grundsatzreferat Stellung zu nehmen zu dem aktuellen schweizerischen Problem der Wohnversorgung.

### Alarmierende Situation

Einleitend schilderte Steinegger die alarmierende Situation auf dem Wohnungsmarkt, der mit einem Leerwohnungsbestand von 0,43 Prozent gar nicht mehr funktioniere. Nach Ansicht von Franz Steinegger sind für die Angebotsverknappung die steigenden Wohnflächenansprüche im wachsenden Wohlstand einerseits und die Verknappung des Angebots wegen Beschränkungen des Baulandes und wegen der hohen Erstellungskosten andererseits massgebend. Bei einer laufenden Steigerung der Wohnungskosten entstehen, wie Steinegger weiter ausführte, soziale Probleme, da jedermann auf eine Wohnung angewiesen sei. Akzentuiert würden die sozialen Probleme noch dadurch, dass die Mieten seit 1982 stärker gestiegen seien als der Konsumtenpreisindex.

### Politisch verordneter Automatismus

Um die sozialen Probleme der steigenden Mieten zu lindern und eine angemessene Wohnversorgung si-

### Bessere Grundlagen für gemeinnützige Bauträger

In seinen mündlichen Ergänzungen zum Jahresbericht erklärte Verbandspräsident Alexander Wili, Wohnungen könnten in ausreichendem Masse nur durch die Privatwirtschaft erstellt werden. Aufgabe von Staat und Gemeinden sei es, die Grundlagen für die gemeinnützigen Bauträger zu verbessern und sozial schwachen Mitbürgern die Lasten des Mietzinses oder des Eigentumserwerbs vorzufinanzieren oder zu erleichtern.

Mit Genugtuung hielt Wili fest, dass es glücklicherweise immer wieder Grundeigentümer gebe, die bereit seien, zugunsten gemeinnütziger Aktionen Grundstücke zu massvollen Preisen zu offerieren. Sie wüssten, dass dadurch die Spekulation ausgeschlossen werde.

Sofortmassnahmen, um zu mehr und preisgünstigem Wohnraum zu gelangen, seien nicht zu umgehen, und zwar im Bereich der Raumplanung und der bestehenden Ausnutzungsbegrenzungen, betonte Wili. Schliesslich geisselte er die Baulandhortung von Gemeinden.

cherzustellen, könne auf die Angebotsseite, oder die Nachfrageseite eingewirkt werden. Fatalerweise habe man sich in der Schweiz aber auf den Mietpreis konzentriert, also auf die Fieberanzeige, wie Steinegger in seinem Referat in Kriens festhielt.

Zusätzliche Probleme entstünden durch den heutigen Mieterschutz und weil sich der Mieterschutz an den Finanzierungskosten orientiere, bekämen die Hypothekarzinsen eine besondere Rolle. Der Automatismus zwischen den Zinsen und den Mieten ist nach der Ansicht von Nationalrat Steinegger nicht marktbedingt, sondern politisch verordnet. Das Hypothekarzinsproblem habe die professionellen Mieterschützer nicht zu einer generellen Überprüfung des Mieterschutzes motiviert, vielmehr möchte man nun auch noch die Hypothekarzinsen staatlich administrieren, damit keine negativen Auswirkungen auf die Kostenmiete entstünden, betonte Steinegger.

### Missbräuche und Auswüchse bekämpfen

Er, Steinegger, lehne keineswegs jeden Mieterschutz ab, er fordere aber eine Überprüfung der ganzen Mieterschutzregelung und eine Beendigung der politischen Falschspielerei: «Man soll Auswüchse und Missbräuche bekämpfen.» Schliesslich befasste sich FDP-Präsident Steinegger auch mit dem Finanzplatz Schweiz, um im Zusammenhang mit den Hypothekarzinsen festzuhalten: «Wir haben den Anlegern die Geldanlage in der Schweiz verleidet. Diejenigen, die heute nach Preisüberwachung und Mietzinskontrolle rufen, haben alles unternommen, um den Finanzplatz Schweiz in Frage zu stellen.»

### Konkrete Forderungen

Im zweiten Teil seines Grundsatzreferates konkretisierte Nationalrat Franz Steinegger die Forderungen der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz zur Lösung des Wohnproblems. An erster Stelle stehe die Verbesserung des Angebots, um wieder zu einem Wohnungsmarkt zu kommen. «Wohnversorgung hat Priorität.» Zum zweiten fordert die FDP nach den Ausführungen von Franz Steinegger eine Entkoppelung von Hypothekarzins und Mietzins und eine stärkere Berücksichtigung des Marktes bei der Altmiete unter Verzicht auf die Kostenmietelemente.

### Sozial absichern

Eine derart grundsätzliche marktwirtschaftliche Wohnungspolitik müsste nach Meinung von Nationalrat Steinegger sozial abgesichert werden. Dabei könne das Wohngeld ein leistungsfähiges und vor allem treffsicheres Instrument sein. Es gehe darum, Haushalten mit geringem Einkommen das Wohnen in einer angemessenen und familiengerechten Wohnung zu ermöglichen.

### Korrektiv zwischen Markt und Staat

Nach der Darlegung dieses Forderungskatalogs beschäftigte sich FDP-Präsident Franz Steinegger mit der Rolle der Wohnbaugenossenschaften, insbesondere der liberalen. Ausgehend vom Stauffacher-

Wort in Schillers «Wilhelm Tell» – «Verbunden werden auch die Schwachen mächtig», erklärte er, die Wohnbaugenossenschaften seien gewissermassen ein Korrektiv zwischen Markt und Staat. Sie verhinderten das Gemeinwohlmonopol des Staates und könnten die soziale Blindheit des Marktes ausgleichen.

### Objekt- und Subjektförderung

Mit Nachdruck betonte Steinegger, dass auch ein konsequent marktwirtschaftliches Konzept sozialer Absicherungen bedürfe, weil es immer Menschen geben werde, denen es durch eigene Anstrengungen nicht gelinge, innerhalb des marktwirtschaftlichen Prozesses ein hinreichendes Einkommen zu bilden und zu akzeptablen Wohnungen zu kommen. Wohnungsbezogene Hilfen könnten durch verbilligte Wohnungen im sozialen Wohnungsbau (Objektförderung) wie auch durch Direktzahlungen (Subjektförderung) geleistet werden. Bei der Objektförderung spielen nach Ansicht von Nationalrat

### Anmerkungen

zu neueren methodischen und inhaltlichen Ansätzen

## Liberaler Wege in der Gesetzgebung

Die wesentlichen Grundsätze liberalen Denkens und Handelns – Freiheit, Verantwortung, Solidarität, Toleranz und Offenheit – werden heute vielerorts neu entdeckt und intensiv mit Leben erfüllt. Insbesondere in Osteuropa zeigen diese liberalen Grundwerte eine ungeheure Anziehung- und Sprengkraft und feiern einen eigentlichen Siegeszug. Fürsprecher Markus Beer (Ittigen BE) analysiert.

In unserem liberalen und sozialen Rechtsstaat geschieht die Umsetzung freiheitlicher Ideen nicht nur durch entsprechendes tatsächliches privates und staatliches Handeln, sondern auch durch die Gesetzgebung in den Gemeinwesen der verschiedenen Stufen. Bei der Rechtsetzung ist sogleich anzufügen, dass in unserem politischen System, das sich durch die Regierungsbeteiligung aller grossen Parteien kennzeichnet, die Berücksichtigung liberaler Vorstellungen kaum je in «optima forma» gelingt. Obschon die politischen Rahmenbedingungen Kompromisse nahezu programmieren, enthalten neuere methodische und inhaltliche Ansätze in der Rechtsetzung spezifisch liberales Gedankengut.

### Legislativplanung des Bundesrates

In seinem Bericht über die Richtlinien der Regierungspolitik 1987–1991 hat der Bundesrat die Verbesserung der Wirksamkeit staatlicher Massnahmen als eines der Ziele dieser Legislatur ausdrücklich genannt und dabei insbesondere auch die Gesetzgebung angesprochen. Dabei soll die Reglungsdichte staatlicher Erlasse systematisch abgebaut werden. Der Bundesrat verwendet in programmatischer Weise das Wort Deregulierung und hält fest, dass der Staat nicht Aufgaben übernehmen soll, die Private gleichwertig erfüllen können.

Zu betonen bleibt, dass den Regierungsrichtlinien keine Rechtsverbindlichkeit zukommt und diese in der Praxis oft ungenügend beachtet werden. Über den Vollzug legt der Bundesrat nur hinsichtlich des Standes der Einzelgeschäfte Rechenschaft ab.

### Merkmale liberaler Gesetzgebung

Abbau der Reglungsdichte, eher Rahmen- als Detailerlasse und die jeweilige sorgfältige Prüfung der möglichen Entlassung staatlicher Aufgaben in die Verantwortung Privater und der Wirtschaft bilden

Steinegger die Wohnbaugenossenschaften eine entscheidende Rolle.

### Grosse Bedeutung

Abschliessend stellte FDP-Präsident Steinegger das Wirken liberaler Baugenossenschaften in den Rahmen freisinniger Wohnbaupolitik, um festzustellen, dass, ausgehend vom selbstbewussten, mit Eigeninitiative handelnden Bürger, den Selbsthilfegenossenschaften eine grosse Bedeutung zukomme. Zur Verbesserung der Aktivitäten der Wohnbaugenossenschaften forderte Steinegger die Aufhebung der beiden Bundesbeschlüsse über die Pfandbelastungsgrenze für nichtlandwirtschaftliche Grundstücke und über Anlagevorschriften für Einrichtungen der beruflichen Vorsorge und für Versicherungseinrichtungen. «Wenn diese beiden Stossrichtungen versagen, sind weitere Massnahmen zu prüfen», sagte Steinegger abschliessend. Er denke an Objekthilfen und vor allem Subjekthilfen, wobei die Neben- und Fernwirkungen genau zu prüfen seien.

weise in seinem Entwurf zu einem revidierten Arbeitsgesetz vor, dass die Sozialpartner unter bestimmten Bedingungen im Sinne einer Flexibilisierung von den gesetzlichen Vorschriften abweichen können, sofern die vertragliche Regelung für die betroffenen Arbeitnehmer gleichwertig oder günstiger ist. Dieser originelle Ansatz beruht auf den bewährten guten schweizerischen Sozialpartnerbeziehungen und der sogenannten Richtigkeitsgewähr der Gesamtarbeitsverträge.

Ganz allgemein entspricht es unserer Rechtstradition, Privaten vermehrt eine befristete Chance zur vernünftigen einvernehmlichen Regelung wichtiger Sachverhalte einzuräumen, bevor der Staat im öffentlichen Interesse mit seiner Rechtsetzungsmacht eingreifen muss.

### Experimentelle Gesetzgebung

Eine neuere methodische Variante der Rechtsetzung bildet die sogenannte experimentelle Gesetzgebung. Diese Form spricht Liberales, die grundsätzlich nur vorläufige Lösungen anerkennen, besonders an. Von der Theorie her stellt natürlich jedes Gesetz einen Versuch dar, nämlich menschliches Verhalten zu steuern und bestimmte Resultate zu erzielen. Experimentelle Gesetzgebung meint indessen in einem engeren Sinn die praktische Erprobung zeitlich befristeter Erlasse in der klaren Absicht, Erfahrungen im Hinblick auf einen späteren unbefristeten legislatorischen Entscheid zu sammeln.

Diese Rechtsetzung auf Probe hat in der Schweiz bereits eine gewisse Bedeutung und auch Beliebtheit erlangt. Derartige Versuche betrafen etwa Tempolimiten im Strassenverkehr, den lokalen Rundfunk und neue Vollzugsformen im Strafvollzugsbereich; auf kantonaler und kommunaler Ebene sind vorab Experimente im Bildungswesen (Schulversuche) und im öffentlichen Verkehr (Umweltschutzabonnements) zu erwähnen.

Rechtsetzung auf Probe ermöglicht vor allem bei harten quantitativen Daten gute Wirkungskontrollen und kann Lernprozesse einleiten. Wesentlich ist, dass das Experiment keine irreversiblen Zustände schafft. Tests eignen sich schliesslich nicht, um eine grundsätzliche politische Ratlosigkeit zu überbrücken.

### Liberales Engagement

Der langwierige Gesetzgebungsprozess verlangt allgemein ein verstärktes liberales Engagement, denn Rechtsetzung spielt sich zum grossen Teil vor- und ausserparlamentarisch in der Verwaltung und in Expertengremien ab. Hier fallen wichtige konzeptionelle Vorentscheide, die vermehrt auf liberales Interesse stossen sollten. Insbesondere die Anstösse zur Gesetzgebungsarbeit und der eigentliche Rechtsetzungsbedarf in einem konkreten Bereich sind jeweils einer kritischen Würdigung aus liberaler Sicht zu unterziehen.

## Von Tag zu Tag

### Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit den baltischen Staaten

Die Jungliberale Bewegung der Schweiz (JBS) ist sehr besorgt über das Verhalten der UdSSR gegenüber der Republik Litauen und der Republik Lettland. Mit ihren Massnahmen gegen die Republik Litauen verletzt die UdSSR das in der Charta der Vereinten Nationen garantierte Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die Unabhängigkeitserklärung der Republik Litauen und Lettland ist nach der fünfzigjährigen völkerrechtlich nie anerkannten Fremdherrschaft verständlich und beendet die unrechtmässige Einverleibung der baltischen Staaten in die Sowjetunion.

Um dem Selbstbestimmungsrecht der Völker Nachachtung zu verschaffen, fordert die JBS den Bundesrat dazu auf, die Republik Litauen und die Republik Lettland diplomatisch zu anerkennen. Ferner ist als Massnahme der Solidarität unter Kleinststaaten die Möglichkeit der schnellen Wirtschaftshilfe an die baltischen Staaten zu prüfen.

Interview mit FDP-Nationalrat Rolf Büttiker

## Stimmrecht 18, ein schönes Geschenk?!

Der Solothurner FDP-Nationalrat Rolf Büttiker setzte sich bereits als Solothurner Verfassungsrat für die Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters auf 18 Jahre ein. Von den fünf Nationalräten, die nun elf Jahre nach dem letzten negativen Volksentscheid in dieser Sache auf eidgenössischer Ebene einen neuen Anlauf nahmen, wurde Rolf Büttiker als erster aktiv. – Andreas Gasche führte mit ihm ein Gespräch.

*Am 7. März 1990 beschloss der Nationalrat einstimmig, dem Bundesbeschluss über die Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters auf 18 Jahre zuzustimmen. Welches sind die nächsten Schritte im Parlament, und wann wird das Volk darüber abstimmen?*

Rolf Büttiker: «Jetzt, nachdem der Nationalrat diesem Bundesbeschluss so klar zugestimmt hat, ist auch der Ständerat in Zugzwang. Er wird in der aktuellen Situation dem Bundesbeschluss vor allem zustimmen, weil eine Mehrheit der Kantone seit der letzten Abstimmung vor elf Jahren das Stimm- und Wahlrechtsalter 18 beziehungsweise 19 eingeführt hat. Damit haben wir in der Schweiz eine Art Ständemehr erhalten.

Ich glaube, dass man im Frühjahr 1991, das heisst im Jubiläumsjahr der Eidgenossenschaft, darüber abstimmen und das Stimm- und Wahlrechtsalter 18 auf die Nationalratswahlen 1991 in Kraft setzen kann. Dies wäre anstelle des Internationalen Jahres der Jugend, das insbesondere der Jugend nicht so viel gebracht hat, ein nachgeholtes Geschenk. Die Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters würde unseren Jugendlichen erlauben, im gleichen Alter mitzubestimmen, wie ihre Kollegen aus den umliegenden Ländern beziehungsweise fast ganz Europas, wo man bereits mit 18, 19 Jahren oder zum Teil noch jünger mitbestimmen darf.»

*In vielen Zeitungen wird dieser Beschluss als ein Geschenk an die Jugend bezeichnet. Was noch vor wenigen Jahren die Gemüter erregte, scheint heute konsensfähig geworden. Einerseits hat aber erst die Hälfte der Kantone das Stimm- und Wahlrechtsalter 18 eingeführt, andererseits gehört doch ein grosser Prozentsatz der Jugendlichen zu der sogenannten Protest- und Nein-sagergeneration. Haben Sie nicht Angst, dass dieser Bundesbeschluss zu einem politischen Flop und damit zu einer Enttäuschung für die Jugend werden könnte?*

Rolf Büttiker: «Ich glaube nicht, dass dies ein politischer Flop wird. Man muss die Sache nüchtern betrachten. Die demographische Entwicklung der Schweizer Bevölkerung läuft darauf hinaus, dass der Anteil der älteren Jahrgänge, die im AHV-Alter leben, im Jahre 2000 und später zunehmen wird (auch an der Urne). Diese Situation benötigt eine Korrektur, und dies kann nur im Jugendbereich geschehen, indem man den Anteil der Jugendlichen an der Urne zahlenmässig verstärkt. Diese Verstärkung ist nur möglich, wenn man den 18jährigen das Stimm- und Wahlrecht gibt. Damit wäre auch an der Urne die entsprechende Korrektur der Altersstruktur vollzogen.

Ein weiteres Argument ist sicher auch, dass sich zwar die Altersstruktur zugunsten der älteren Generationen verschoben hat. Es wird aber weiterhin die jüngere Generation sein, welche später weitgehend die an der Urne gefällten politischen Entscheide tragen muss. Es ist deshalb nur gerecht, wenn man diese Korrektur – es ist keine Veränderung, sondern eine Korrektur – vornimmt.

In diesem Zusammenhang ist zu bemerken, dass viele Leute sagen,



Rolf Büttiker: «Eine jüngere, in die politischen Entscheide eingebundene Generation wird viel weniger gezwungen sein, sich durch irgendwelche Protestaktionen zu artikulieren.»

dass die Stimmbeteiligung durch die geplante Herabsetzung nicht steigen werde. Dies ist ein sehr unfaires Argument: Die Bevölkerung gibt heute mit einer niedrigen Stimm- und Wahlbeteiligung ein schlechtes Beispiel. Man kann deshalb von den Jugendlichen nicht eine zusätzliche oder höhere Stimmbeteiligung erwarten. Beim demographischen Ausgleich geht es um einen rein zahlenmässigen Ausgleich.»

*Wie steht es mit der Befürchtung, dass der Protestbewegung grösstenteils Jugendliche angehören? Kann dies den Ausgang der Abstimmung negativ beeinflussen?*

Rolf Büttiker: «Möglicherweise ja. Diejenigen Bürger, die nachdenken, sehen jedoch sicherlich ein, dass eine jüngere, in die politischen Entscheide eingebundene Generation viel weniger gezwungen sein wird, sich durch irgendwelche Protestaktionen, Saubannerzüge und Demonstrationen zu artikulieren. Ich bin der Meinung, dass in einer Demokratie die politische Haltung auf dem Stimmzettel ausgedrückt werden soll.»

*Sie haben 1988 eine Parlamentarische Initiative für die Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters 18 eingereicht. Welche «Hausaufgaben» empfehlen Sie den FDP-Sektionen und -Mitgliedern, damit die 18jährigen, da sie mit 18 Jahren bereits verschiedene Pflichten haben – sie bezahlen Steuern und AHV-Beiträge und werden vom Strafrecht als Erwachsene behandelt –, 1991 ihr Recht wahrnehmen können? Welches müsste die Aufgabe der der FDP nahestehenden Jungliberalen Bewegung sein? Wie kann man auch die Jugend für dieses Projekt begeistern?*

Rolf Büttiker: «Es ist richtig: Den Jugendlichen ist in sehr vielen Bereichen die Mündigkeit bereits gegeben. Sie müssen Steuern zahlen, Sozialversicherungsbeiträge leisten und sind auch in anderen Bereichen aufgefordert, bereits mit 18 Jahren Verantwortung und Pflichten zu übernehmen. In diesen Bereichen sollten sie auch mitbestimmen können. Es ist doch nur normal, dass sie sagen können, was mit ihren Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen geschieht. Es geht hier primär um das Vertrauen: Man soll den Jugendlichen das Vertrauen schenken, sie sollen mitbestimmen und mitentscheiden können.

Die Aufgabe der FDP und der Jungliberalen Bewegung ist es, für Aufklärungsarbeit zu sorgen. Wir müssen den freisinnigen Wählerkreisen klarmachen, dass es rationale und nicht nur emotionelle Gründe gibt, das Stimm- und Wahlrechtsalter 18 einzuführen. Die Erfahrungen in den Kantonen, vorab im Kanton Schwyz, der das Stimm- und Wahlrechtsalter seit 1833 kennt, haben gezeigt, dass sich das Argument des «Linksrutsches» nicht bewährt hat. Die Erfahrungen zeigen auch, dass offensichtlich kein Zusammenhang zwischen dem Stimm- und Wahlrechtsalter und den Problemen eines Kantons bestehen.

Die Meinung, dass die Jungen extrem seien, kommt oft daher, dass man sie vom politischen Prozess und von der Beteiligung ausschliesst. Sie haben damit keine andere Möglichkeit, als sich extremer Artikulationen zu bedienen oder sich extremen Gruppierungen anzuschliessen.»

*Hätte eine Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters einen Einfluss auf den staatsbürgerlichen Unterricht an den Mittel- und Gewerbeschulen?*

Rolf Büttiker: «Ja, eindeutig! Mit der Einführung des Stimm- und Wahlrechtsalters könnte man an den Mittel- und Gewerbeschulen endlich staatsbürgerlichen Unterricht im Massstab eins zu eins betreiben und auf die langweiligen Sandkastenspiele verzichten.»

*In den Zielsetzungen 87/91 setzt sich die FDP sogar für die Herabsetzung des Mündigkeitsalters ein. Haben Sie konkrete Vorstellungen, wie man auch diesen Punkt des Parteiprogrammes verwirklichen wird?*

Rolf Büttiker: «Sehr oft wird ein Zusammenhang zwischen Stimm-



### Armeeabschaffung durch die Hintertüre?

Nach Meinung der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) stellt die anhaltende Opposition gegen den umstrittenen Waffenplatz Neuchâten-Anschwilen SG keinen Fall dar, wo illegaler Widerstand akzeptiert werden könnte. Im Dialog mit dem Eidgenössischen Militärdepartement (EMD) konnten in der Projektierungsphase alle Möglichkeiten der demokratischen Rechtsordnung ausgeschöpft werden. Nach Ansicht der Freisinnigen haben die Waffenplatzgegner die Absicht, eine Minderheitsmeinung an die Stelle eines ordnungsgemässen rechtsstaatlichen Entscheids zu setzen. Den Bezug auf eine neue sicherheitspolitische Lage erachtet die Partei als grotesk, stellt doch das umstrittene Projekt lediglich einen Realersatz für Ausbildungsplätze im Stadtgebiet dar, die das EMD aufgegeben hat. Die FDP weist darauf hin, dass vom gegenwärtig herrschenden Provisorium vor allem Rekruten und Ausbilder betroffen sind. Das steht im Widerspruch zu

den Forderungen nach besseren Ausbildungsbedingungen.

Die FDP wendet sich gegen ein solches undemokratisches Verhalten und gegen den Versuch, die Armeeabschaffung durch die Hintertüre zu betreiben. Die FDP fordert demgegenüber die Durchsetzung der rechtsstaatlichen Beschlüsse und unterstützt die Strafverfolgungsmassnahmen.

### Vormarsch der Freisinnigen im Kanton Aargau

Die Freisinnigen haben bei den aargauischen Gemeindewahlen im letzten Jahr stärker zugelegt, als es zunächst den Anschein machte. In den insgesamt 232 Ortschaften stellt die Freisinnig-Demokratische Volkspartei (FDP) jetzt 47 Gemeindeammänner (+7), 40 Vizeammänner (+4) und 201 Gemeinderäte (+18). Eine soeben abgeschlossene Detailanalyse des FDP-Kantonalparlamentsekretariates zeigt, dass die Freisinnigen insbesondere in den Gemeindebehörden der Bezirke Bremgarten, Laufenburg, Kulm und Rheinfelden an Terrain gewonnen, während sie in den Bezirken Brugg und Lenzburg im Vergleich zu 1985 leichte Rückschläge erlitten. In den noch verbliebenen 11 aargauischen Einwohnerräten ging die Gesamtzahl der freisinnigen Mandate von 132 auf 119 zurück.

Die parteiinterne Auswertung der Gemeindewahlen 1989 kommt zum Schluss, dass die FDP bei jenen politischen Ausmachungen, wo es um Persönlichkeitsentscheide ging, bedeutend besser als vor vier Jahren abschnitt.

und Wahlrechtsalter 18 und dem Mündigkeitsalter gemacht. Wir haben jedoch in der Schweiz verschiedene Alter angesetzt, und es muss nicht unbedingt so sein, dass man mit der Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters zwingend auch das Mündigkeitsalter herabsetzen muss. Sehr oft höre ich den Einwand: Was passiert mit einem jungen Mitbürger/einer jungen Mitbürgerin, der/die 19jährig ist und Gemeindeammann wird und nicht einmal unterschreiben kann? Wir kennen jedoch in der

Schweiz die «Jahrgebung», mit der man ohne grössere Probleme Mündigkeitserklärungen machen kann. Zudem werden in der Schweiz 19jährige mit Exekutivfunktionen sehr rar bleiben.

Man kann die Herabsetzung des Mündigkeitsalters ebenfalls prüfen, man kann es in Erwägung ziehen, aber es muss von der Geschwindigkeit her nicht zwingend mit der Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters 18 eingeführt werden.»



Mike Winans

## Wir handeln aus Erfahrung – bärenstark.

100 Jahre Tradition schaffen eine Erfahrung, die sich bei der Bank Julius Bär rund um die Uhr bewährt: beim Handel in Devisen und Edelmetallen oder beim Terminhandel, bei Financial Futures und Optionen. Mit den wichtigsten Finanzplätzen der Welt sind wir jederzeit verbunden. Und immer für Sie da.

JBcoB

BANK JULIUS BÄR

For the Fine Art of Swiss Banking

1990

Zürich, Bahnhofstrasse 36, 8010 Zürich, Tel. (01) 228 51 11  
Genf · Frankfurt · München · Mailand · London · New York · San Francisco  
Los Angeles · Mexiko City · Hongkong · Tokio